

Stadtverordnetenfraktionen Kirchhain

CDU

Bündnis '90/DIE GRÜNEN

FDP

Kirchhain, 06.März 2012

Antrag

für die Stadtverordnetensitzung am 23. April 2012

betreffend Bundesfreiwilligendienst

zuvor in den Ausschüssen U+S und W+V

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit für soziale- und kulturelle Einsatzfelder im Rahmen des neu eingerichtete Bundesfreiwilligendienstes für die Kernstadt und der Stadtteile von Kirchhain ehrenamtlich engagierte Freiwillige gewonnen werden können. Weiterhin wird der Magistrat in diesem Zusammenhang gebeten, dass sich die Stadt Kirchhain als Einsatzstelle grundsätzlich anerkennen lässt.

Begründung:

Viele Bürgerinnen und Bürger von Kirchhain engagieren sich ehrenamtlich in einer Vielzahl von Vereinen, Organisationen oder auf sonstige Weise für die Menschen der Kernstadt und den Stadtteilen. Der Bundesfreiwilligendienst bietet seit 01. Juli 2011 eine weitere Möglichkeit, ehrenamtliches Engagement in seiner unterschiedlichen Ausgestaltung einer großen Gruppe von Menschen ans Herz zu legen und daraus einen Nutzen für die Menschen von Kirchhain zu erreichen. Im Gegensatz zum Zivildienst richtet sich der Bundesfreiwilligendienst an Jung und Alt. Er bietet deutlich mehr Einsatzfelder als der bisherige Zivildienst. Jetzt sind auch Einsätze in den Bereichen Kultur, Bildung, Denkmalpflege, Sport sowie Integration möglich.

Die Vielzahl an Einsatzfeldern und die Gestaltungsmöglichkeiten gerade im kommunalen Bereich kann ein Nutzen für alle Beteiligten sein. Junge Menschen können die Zeit nach der Schule nutzen, um sich zu orientieren und erste Berufserfahrung zu sammeln. Ältere Freiwillige können nach Ende des Berufslebens aktiv am Leben in Kirchhain und den Stadtteilen teilnehmen, indem sie ihre Berufs- und Lebenserfahrung an andere Menschen weitergeben. Je nach Einsatzfelder und Ausgestaltung ist auch eine Unterstützung im Rahmen der bestehenden ehrenamtlichen Strukturen (Vereine, Organisationen etc.) denkbar und wünschenswert.

Auch wenn bis Sommer 2012 keine zusätzlichen Freiwilligenplätze eingerichtet werden, so sollte der Magistrat sich schon jetzt um die Einsatzmöglichkeiten

Gedanken machen und sich bei der Zentralstelle des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) mit entsprechenden Einsatzstellen registrieren lassen.

Für die Fraktionen:

CDU

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

FDP

(Uwe Pöppler)

(Reiner Nau)

(Angelika Aschenbrenner)